33. Ist ein Papier als eine Waffe im Sinne des §. 28 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (R.G.Bl. S. 351) anzusehen?

¹ Vgl. Dppenhoff, Rechtspr. Bd. 18 S. 217.

II. Straffenat. Ur. v. 25. Oktober 1881 g. S. Rep. 2247/81.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche sind unter Waffen nur die zum Angriff und zur Verteidigung bestimmten Schuß-, Hieb- und Stichwaffen zu verstehen, nicht jedes beliebige andere Werkzeug, welches zu gleichem Zwecke gebraucht werden kann. Daß das Wort „Waffe“ in §. 28 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 auch nur in diesem Sinne zu verstehen ist, ergibt sich unmittelbar aus der Fassung, welche für eine weitergehende Bedeutung des Wortes „Waffe“ keinerlei Anhalt bietet, nicht minder aber auch aus der Erwägung, daß es thatsächlich unmöglich sein würde, den Besitz, das Tragen etc. von Instrumenten zu verhindern, welche überhaupt zum Angriff und zur Verteidigung benutzt werden können. Die Richtigkeit dieser Ansicht wird überdies durch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes bestätigt. In den Motiven zum §. 28 (§. 20 des Entwurfes) des Gesetzes wird der Begriff der Waffe nicht weiter erläutert. Dagegen wurden in der Kommission (vgl. den Bericht derselben S. 39) Einwendungen gegen die in Rede stehenden Bestimmungen insofern erhoben, als nach Maßgabe mehrerer Vorschriften des Strafgesetzbuches (§§. 223 a. 367 Nr. 10) und nach der Praxis der Begriff „Waffe“ in der weitesten Ausdehnung anzulegen werde und selbst Taschenmesser und andere Gegenstände, mit denen eine Körperverletzung verursacht werden könnte, hierher gezählt würden. Mit einer solchen Auslegung, so wurde bemerkt, führe die Bestimmung unter Nr. 4 zu der excessivsten Beschränkung. Hiergegen wurde erinnert, daß der Begriff „Waffe“, wie ihn das Strafrecht bei einzelnen bestimmten Delikten mit Rücksicht auf den Charakter der letzteren auffasse (wobei indes auf der anderen Seite z. B. §§. 88. 90 Abs. 1 Nr. 2. 127. §. 367 Nr. 9 St.G.B.'s zu vergleichen seien) hier nicht Platz greife, auch die verschiedenen Gesetze über Waffenführung ihn nicht in dieser Allgemeinheit, sondern in dem Sinne des gewöhnlichen Sprachgebrauches auffassen.

Hiervon ausgehend kann es für rechtsirrtümlich nicht erachtet werden, wenn der erste Richter ein Papier, d. h. ein zu Fechtübungen bestimmtes Instrument, nicht für eine Waffe im Sinne des §. 28 a. a. O.

angesehen hat. Der vom Beschwerdeführer herangezogene Vergleich mit einem nicht geladenen Gewehre, erscheint nicht zutreffend, da ein Gewehr, ob geladen oder nicht, unter allen Umständen eine Waffe ist. Denn es kommt nicht darauf an, ob das Instrument in jedem Augenblicke als Waffe gebraucht werden kann; entscheidend ist vielmehr, ob dasselbe seiner objektiven Beschaffenheit und regelmäßigen Bestimmung nach als eine Waffe in dem obenerwähnten Sinne zu betrachten ist.

Wie darnach einerseits auch ein ungeladenes Gewehr, ein stumpfer Säbel u. s. w. nicht dadurch aufhören, Waffen zu sein, weil sie in einem gegebenen Augenblicke eine bestimmungsmäßige Verwendung nicht zulassen, so wird andererseits ein Instrument dadurch noch nicht zur Waffe, daß es durch weitere technische Behandlung möglicherweise in eine Waffe umgestaltet werden kann.